

Medienquelle	Print	Autor	Michael Höfling	AÄW	22.050,0
Auflage	81.103	Verbreitung	74.947	Seitenstart	10

"Die Nachhaltigkeit der Geldpolitik ist ein Etikettenschwindel"

Die Europäische Zentralbank habe den Ausstieg aus ihrer expansiven Geldpolitik in konjunkturell besseren Zeiten verpasst, sagt der frühere Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Heinrich Haasis. Eine der Folgen: Die ökonomische Schere in der Gesellschaft weite sich aus

Das Wohlergehen des großen Ganzen war ihm schon immer ein Anliegen. Auch im Ruhestand engagiert sich Heinrich Haasis, der von 2006 bis 2012 Präsident des **Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV)** war, noch dafür, dass das Finanzsystem dem Gemeinwohl dient - er leitet die **Sparkassenstiftung** für internationale Kooperation, die sich unter anderem für finanzielle Bildung, Sparerziehung und die Gründung von Mikrokreditbanken einsetzt. Im Interview mit WELT analysiert er die Entwicklung des Finanzwesens im Spiegel der letzten beiden großen globalen Krisen.

WELT: Herr Haasis, Sie waren während der Finanzkrise Präsident des DSGV. Sie wird oft mit der heutigen Corona-Krise verglichen. Ist das ein Vergleich, der taugt?

Ich habe die Finanzkrise leidvoll und hautnah miterlebt, ja. Aus meiner Sicht sind die beiden Ereignisse in keiner Weise miteinander vergleichbar. Damals war die Finanzwirtschaft das Problem, die Finanzkrise hat anfangs wenige globale Finanzdienstleister getroffen, von dort hat sie dann die ganze Finanzwirtschaft erfasst und auch Teile der Realwirtschaft. Aber eben nur Teile, insbesondere die Großindustrie, die in Schwierigkeiten kam, sich zu refinanzieren. Corona dagegen erfasst die gesamte Realwirtschaft, das ist eine ganz andere Situation.

Was bedeutet das für die mittelfristigen Auswirkungen nach der Krise?

Die Wirtschaftsdaten in der Finanzkrise bildeten ein klares V heraus. Es ging rapide nach unten, und dann schnell wieder hoch. Die Hoffnung hatten wir bei Corona zuerst auch. Doch mit der zweiten Welle schwand diese Hoffnung. Wir sehen, es sind diesmal Zigtausende Existenzen betroffen, Kleinbetriebe, Mittelständler, die Gastronomie, der Einzelhandel. Die wirtschaftlichen Schäden werden nachhaltiger sein als damals, als nur die Großindustrie betroffen war, selbst wenn dadurch auch Arbeitsplätze wegfielen. Und dass die Wirtschaftsleistung diesmal nicht so stark gesunken ist, täuscht über die wahre Situation hinweg - die industriellen Exporte vor allem nach China sind stark angestiegen, was die binnenwirtschaftlichen Probleme kaschiert.

Auch für Politik und Notenbanken scheint die Finanzkrise die Blaupause für die Bekämpfung der Pandemiefolgen geliefert zu haben. Sie versuchen wie damals, mit inzwischen billionenschweren Rettungspaketen die Wirtschaft zu stützen und die Auswirkungen abzufedern. Wird das funktionieren?

Die EZB hat mit ihrer expansiven Geldpolitik in der Anfangsphase

der Krise richtig agiert, indem sie konsequent die Märkte mit Kapital geflutet hat, sodass es nicht zu Liquiditätsengpässen gekommen ist. Das galt für die Finanzkrise gleichermaßen wie diesmal für die Pandemie. Das ist die positive Seite.

Dann gibt es auch eine negative?

Allerdings. Das Problem ist, dass diese expansive Geldpolitik über viele Jahre unabhängig von der wirtschaftlichen Lage verfolgt worden ist. Der richtige Zeitpunkt für einen Ausstieg in konjunkturell deutlich besseren Phasen ist verpasst, ja eigentlich nicht einmal versucht worden. So hat die EZB den Zins immer weiter abgesenkt und ihn schließlich ins Negative gedrückt. Das ist auch ein Resultat der Tatsache, dass die EZB den Anleihenmarkt leer kauft. Banken und **Sparkassen** sowie Bürger leiden deshalb nicht nur unter dem Minuszins - dieses Vorgehen nimmt ihnen auch die Möglichkeit, ihr Geld sicher und ertragbringend anzulegen.

Was hätte sie anders machen können?

Im historisch langen Wirtschaftsaufschwung seit der Finanzkrise hätte es schon die Möglichkeit gegeben, bei den Leitzinsen zumindest aus dem Negativbereich herauszukommen. Die USA haben das geschafft und hatten so zu-

mindest etwas Spielraum für die aktuelle Krise. Die EZB hat diese Chance verstreichen lassen, vermutlich auch aus politischer Rücksichtnahme: Einige Staaten in der Euro-Zone hätten einen Zinsanstieg aufgrund ihrer massiven Verschuldung gar nicht verkraften können. Der Preis dafür ist, dass die EZB nun, was herkömmliche Maßnahmen angeht, ihr Pulver verschossen hat.

Das Krisenbewältigungsprogramm PEPP ist bereits zweimal auf nunmehr 1,85 Billionen Euro aufgestockt worden, eine zeitliche Begrenzung gibt es auch nicht mehr. Da scheint doch noch einiges zu gehen.

Ja, weil sich gerade auf breiter Front ein neues Verständnis von Schulden durchzusetzen scheint. Man hört ja auch teilweise im Bundestag, die Verschuldung mache ja nichts, da wir ja keinen Zins bezahlen müssen, sondern sogar noch dafür belohnt werden. Das ist abstrus: Wenn wir Schulden aufnehmen, dann muss der Bund durch den Negativzins zwar weniger zurückzahlen, aber sie müssen ja am Ende immer noch getilgt werden. Davon redet inzwischen schon keiner mehr. Das Reißen der Maastricht-Kriterien für die Verschuldung wird dafür in der Politik schon elegant umschrieben mit Anpassung oder Modernisierung der Stabilitätskriterien. In Wahrheit werden sie verschlechtert.

Ihnen fehlt es an Nachhaltigkeit im Handeln der Zentralbank?

Die Nachhaltigkeit der EZB-Geldpolitik ist ein Etikettenschwindel. Mit ihrem medial intensiv zu Markt getragenen Engagement für den Klimaschutz rückt die EZB ihr Handeln zwar in ein günstiges Licht, was ökologische Nachhaltigkeit angeht. Dabei ist es nebenbei nicht ihre Aufgabe,

Kredite bereitzustellen, sondern die der Kreditwirtschaft. Die Frage kann auch nicht sein, ob die Kredite einer "guten" oder "schlechten" Investition dienen, sondern ob der Schuldner das Geld zurückzahlen kann oder nicht. Aber: Ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit muss eben auch soziale und ökonomische Faktoren berücksichtigen. Es entspricht nicht ökonomischer Nachhaltigkeit, wenn wir wirtschaftliche Lasten in Form von hoher Staatsverschuldung auf die kommenden Generationen verschieben. Und es entspricht genauso wenig den Anforderungen an soziale Nachhaltigkeit, wenn sich innerhalb der Gesellschaft die ökonomische Schere immer stärker öffnet und damit die soziale Spaltung vorangetrieben und gesellschaftliche Teilhabe vermindert wird.

Wo zeigt sich die Ihrer Meinung nach?

Die EZB-Politik erhöht die Ungleichheit in der Vermögensverteilung. Nehmen Sie als Beispiel ein junges Ehepaar, das sich vor zehn Jahren gern eine Immobilie gekauft hätte, aber der Meinung war, dafür zu wenig Eigenkapital zu haben und also erst mal gespart hat. In diesem Zeitraum haben sich Häuser und Wohnungen in Metropolräumen um rund 120 Prozent verteuert. Nach herkömmlicher Inflationsmessung hatten die beiden statistisch praktisch keine Teuerung, aber so viel konnten sie gar nicht ansparen, wie der Erwerb von Wohneigentum sie mehr kostet - sie können sich das Eigenheim nicht mehr leisten.

Aber sie können sich doch jetzt günstiger verschulden.

Der Vorteil bei den Schuldzinsen kann den massiven Anstieg der Preise bei Weitem nicht kompensieren. Der Traum vom Eigenheim ist bis weit in die Mittel-

schicht hinein ausgeträumt, das gilt selbst für viele Doppelverdiener. Als Folge bleibt Deutschland in der Eigentumsquote europaweit am Ende. Dazu trägt auch bei, dass die Politik jede Entlastung verweigert. Die Bundesländer sind nicht bereit, die Grunderwerbsteuer für junge Familien zu senken. Sie ist von einst bundesweit zwei Prozent auf bis zu sechs Prozent erhöht worden, und über den Immobilienboom hat sich das Aufkommen in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Neben der Ersparnis einer Zinslast von 40 Milliarden Euro jährlich beim Bund seit 2010, die den Sparern fehlen, profitiert der Staat also auch hier massiv von der Geldpolitik.

Klingt nicht, als hätte die Politik ein großes Interesse daran, dass die Europäische Zentralbank in der Geldpolitik die Zügel anzieht.

Man erweckt nach außen den Eindruck, die Geldpolitik nicht gutzuheißen, aber ich bin sicher, insgeheim freuen sich alle, die in der Bundespolitik tätig sind, über die niedrigen Zinsen. Aber in der Besetzung des EZB-Rats, angefangen bei Christine Lagarde und ihrem Vizepräsidenten Luis de Guindos, zeigt sich ja auch die zunehmende Politisierung der Institution.

Mit Frau Lagarde pflegt die EZB auch einen anderen, offeneren Kommunikationsstil. Aber kann die Zentralbank das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen, wenn sie selbst offensichtliche Kollateralschäden ihres Handelns leugnet, statt sie mit dem Nutzen zu erklären: Ja, diese Geldpolitik hat Konsequenzen, und sie kostet euch, liebe Bürger, etwas, aber wir retten damit das Friedensprojekt Euro und sichern Arbeitsplätze?

Diese offene Kommunikation wäre ihr zu raten. Die Menschen verstehen oft nicht die genauen Zusammenhänge, aber sie sehen doch, wie die Staaten sich verschulden und wie die EZB das ermöglicht. Und sie sehen, dass die Wirtschaftsleistung nicht entsprechend wächst. Daraus entsteht Unbehagen und ein Verlust von Vertrauen, ich höre das in vielen Gesprächen.

Wir erleben eine Polarisierung der Gesellschaft, das betrifft auch die EU und Europa. Wer - auch legitime - Kritik an der Geldpolitik übt, gerät im aktuellen Diskurs schnell unter Verdacht, ein schlechter Europäer zu sein. Erleben Sie das auch?

Ja, es wird oft die Kritik im Keim zu ersticken versucht, indem man sagt: Hast du eine Alternative zu Europa, bist du etwa gegen die Friedensgemeinschaft Europa? Aber darum geht es ja gar nicht. Die EZB nimmt keine gute Entwicklung, ihre Geldpolitik spaltet die Gesellschaft, und das ist zu benennen.